

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 Mk., bei Selbstabholung 1.65 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 Mk., für 1 Monat 1.75 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 003.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Platzvorschrift 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 7.50 Mk. — Abschluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Reichsregierung gegen die bayerische Räte-Republik.

Die bayerische Räterepublik.

Die Entwicklung der Dinge in Bayern zeigt nach den heutigen Meldungen noch nicht ganz klare Linien. Einerseits bemüht sich die gestürzte Regierung, in Nordbayern eine Stütze zu finden — andererseits zeigen die Kommunisten in München Neigung, der Räterepublik, die nach ihnen nur eine Scheinräterepublik sein soll, die Unterstützung zu versagen. Die neue Ministerliste, die jetzt verkündet wird, weist indes keine Rechtssozialisten auf, deren Beteiligung an der Führung die Kommunisten als Grund für ihre Haltung angaben. Man weiß heute noch nicht, ob der Eintritt des Kommunisten Landauer in die Regierung wirklich vollzogen ist. Zwei große Münchner Versammlungen der Kommunisten sollen sich gegen ihre Führer Landauer und Mühsam gewendet haben.

Die Reichsregierung läßt verkünden, daß sie sich in die bayerischen Dinge nicht einmischen werde, was das Vernünftigste ist, was diese Regierung seit langem getan hat. Indes verweigert sie der Räterepublik die Vertretung im Staatenausschuß. Die gestürzte bayerische Regierung, die sich in Bamberg niedergelassen hat, scheint sich auf militärische Kämpfe vorbereiten zu wollen. Sie geht zu der bisher in Bayern verpönten Errichtung von Freiwilligen-Kataillonen über, was die Sozialdemokratische Korrespondenz des Herrn Heilmann bereits triumphierend als eine Rechtfertigung Kosses ausschlächtet, dessen Werbeagenten noch vor kurzem von dieser Regierung verhaftet worden seien.

Die Rechtssozialisten gehen, wie das ihrem Wesen entspricht, mit der jeweiligen Mehrheit. In Südbayern hat ihre Gaukonferenz in München sich für die Anerkennung und Unterstützung der Räterepublik ausgesprochen. In ihrer Hochburg Nürnberg wenden sie sich gegen sie. Die Arbeiter- und Soldatenräte Nürnbergs haben sich am Montag nach sechsstündiger Beratung mit 188 gegen 70 Stimmen gegen die Räterepublik erklärt. Zum Abend waren 11 Mitgliebersammlungen der Rechtssozialisten einberufen, in denen Stellung gegen die revolutionäre Regierung genommen werden sollte. Die Nachbarstadt Nürnbergs, Fürth, hat sich indes für die Räterepublik erklärt, und dasselbe wird aus Regensburg und Ansbach berichtet, so daß also die Herrschaft der alten Regierung in Nordbayern nicht mehr unbestritten ist. Der Volksgaue Ausschuh der Bauernräte Mittelfrankens hat sich allerdings entschieden für die Regierung Hoffmann und gegen die Räterepublik erklärt. In Südbayern sind die Städte ansehnlich sämtlich für die Münchner Regierung. Selbst in dem überwiegend clerikalen Passau hat sich eine vom A- und S-Rat einberufene Versammlung für die Räterepublik und für ein Bündnis mit Ungarn und Rußland ausgesprochen.

Die Regierung der Räterepublik gedenkt die Sozialisierung sofort energisch zu betreiben. Indes verdienen die verschiedenen Meldungen bürgerlicher Blätter über die Einzelheiten ihrer Pläne vorerst wenig Vertrauen; sie sind nichts weiter als Kombinationen. Wir werden die Kundgebungen der Regierung selbst abwarten.

Die Bamberger Nebenregierung.

Nürnberg, 7. April. Ein Erlass des Ministerpräsidenten Hoffmann erklärt, daß die Regierung Bayerns nicht zurückgetreten ist, sondern weiterhin einzige Inhaberin der höchsten Gewalt bleibt und ihren Sitz von München verlegt.

Die Stadt Fürth hat sich der Räterepublik angeschlossen. Nürnberg, 8. April. Aus Bamberg erhält das Südbayerische Korrespondenzbureau folgendes Telegramm: Kundgebung der Regierung des Freistaates Bayern an die bayerische Beamtenchaft.

Die Nachricht, daß die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann zurückgetreten sei, ist unwahr. Der vom bayerischen Landtag einstimmig gewählte Ministerpräsident Hoffmann hat den Sitz der Regierung heute nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns. Nur ihre Anordnungen und Befehle sind zu vollziehen, alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Bamberg, 7. April. Die Regierung des Freistaates Bayern: Hoffmann, Ministerpräsident.

Berlin, 7. April. Wie die B. Z. vernimmt, ist das Freikorps Epp, das sich bis vor kurzem in Ohrdruff befunden hat, zum Schutz der Regierung und des Landtags nach Bamberg dirigiert worden. Man hofft, daß es gelingen wird, die Macht der

neuen Räteregierung auf München und die Umgebung zu beschränken. Die Regierung in Bamberg wird es die regierungstreuen Truppen Bayerns mit der Aufforderung heranzutreten, sich zum Schutze der Demokratie zur Verfügung zu stellen und eine Verhinderung größerer Stills einzuleiten.

Bamberg, 7. April. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und Ergeben einstimmig Protest gegen die Ausrufung Bayerns zu einer Räterepublik. In dem Protest heißt es:

Bereits am letzten Sonntag, dem 6. 4., haben auch die Mehrheitssozialisten Bayerns sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Ausrufung einer Räterepublik ausgesprochen. Wir fordern die Beamtenchaft und das gesamte werktätige Volk Bayerns, Arbeiter, Bauern und Bürger auf, sich hinter den vom Volk gewählten Landtag zu stellen. Die gesamte Bevölkerung Nordbayerns und die Presse wird hiermit gewarnt, sich durch den Terror einer verschwindenden Minderheit, vorwiegend von Seiten überwiegend ausländischen Geblüts, einschüchtern zu lassen. Der Augenblick ist so ernst, wie noch nie. Bayern hängt über einem Abgrund; wenn es vor dem Sturz nicht bewahrt wird, ist alles verloren. Dann hat Bayern im Innern Brudermord, Plünderung und Hungernot.

Eine weitere Folge ist die wirtschaftliche Misere Bayerns, durch die ein vollständiges Erliegen unseres Wirtschaftslebens, die Stilllegung des Eisenbahnverkehrs und ebenso das Aufhören der Kohlen- und Lebensmittelzufuhr eintritt. Das Ausland hat jede Ernährungsbeihilfe an ein bolschewistisches Bayern abgelehnt. Eine Hilfe von Rußland und Ungarn, ist ausgeschlossen, da diese Länder selbst durch Hungernot gepeinigt sind. Der Friedensschluß wird verzögert. Unse vielen Tausende von bayerischen Kriegsgefangenen bleiben in der Anstaltslast des Auslandes.

Die Euch dieses sagen, sind Eure Landsleute, nicht landsfremde Menschen, die von Bayern noch vor wenig Monaten nichts wußten, und denen Euer Schicksal gleichgültig ist

Ein Gruß vom Rätekongreß.

Berlin, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.) An die Räterepublik Bayern, Ministerium des Innern, ging folgendes Telegramm ab: Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem zweiten Rätekongreß zu Berlin sendet der Räterepublik Bayern brüderliche Grüße. Er hofft, daß es der neuen Räterepublik gelingen wird, alle Widerstände zu überwinden, und daß bald der Umschwung in ganz Deutschland ihr Werk vollenden wird.

Anschluß an die Räterepublik.

Regensburg, 7. April. Heute nachmittags wurde hier die Räterepublik ausgerufen. Aus Anlaß des für heute angeordneten Nationalfeiertages ruht die Arbeit. Die Banken sind militärisch besetzt.

Passau, 7. April. Eine vom A- und S-Rat einberufene Versammlung sprach sich für die Einführung der Räterepublik und für ein Bündnis mit Ungarn und Rußland aus.

Regensburg, 7. April, mittags 12 Uhr. Soeben hat der A- und S-Rat, der aus den vereinigten sozialistischen Parteien besteht, sich für die Räterepublik erklärt. Eine einzige Stimme war dagegen.

Schweinfurt, 8. April. Die Stadt hat sich der Räterepublik angeschlossen.

Hof, 8. April. Im Laufe des gestrigen Tages ist hier die Räterepublik ausgerufen worden.

Fürth, 7. April. Die Stadt Fürth hat sich der Räte-Republik angeschlossen. Um 10 Uhr fand eine Versammlung auf dem Schloßanger statt, wo nach Ansprachen von verschiedenen Rednern die Räte-Republik ausgerufen wurde. Oberbürgermeister Dr. Will erklärte seinen Austritt, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen könne. Im Rathaus sind sämtliche Bureaus geschlossen bis auf den Schuldienst. Die Schulen sind geschlossen und die Arbeiter haben die Betriebe verlassen.

Würzburg, 7. April. Auf dem Residenzplatz wurde am 7. April die Räte-Republik ausgerufen. Die Banken, Telegraph, Telephon und Zeitungen sind von Kommunistentruppen besetzt. Das Militär einschließlich der freiwilligen Verbände steht auf Seiten der Kommunisten. Der Generalstabschef ist seit heute vormittag 10 Uhr ausgebrochen. Sämtliche Fabriken und Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen.

Nürnberg lehnt ab.

Nürnberg, 7. April. Der A- und S-Rat Nürnberg hat nach mehrstündiger Beratung mit 188 gegen 70 Stimmen die Räterepublik abgelehnt.

Belagerungszustand über Nürnberg.

Nürnberg, 8. April. Heute morgen wurde durch Palatanzschlag die Verhängung des Kriegszustands über die Stadt Nürnberg bekanntgegeben. Demonstrationen sind verboten. Das Betreten der Straßen in der Zeit von 11 bis 6 Uhr nachts ist untersagt.

Die Regierung an der Vorbereitung des Bürgerkriegs.

Es weiterleuchtet. Scheidemann und Noske fühlen den Boden unter ihren Füßen wanken. Der Kampf im Ruhrrevier, die Ereignisse in Bayern kündigen an, daß eine große Reinigungsarbeit beginnt, eine Wägung und Verwerfung der unzufutbaren Politik der bürgerlich-scheinsozialistischen Koalition durch die Arbeiterschaft. Im eigenen Lager der Rechtssozialisten beginnt es bedenklich zu kriseln. Auf einer Bezirksversammlung der Rechtssozialisten Groß-Berlins, die am Sonntag im Herrenhaus tagte, machte sich die Opposition gegen die Regierungspolitik und die Haltung der Parteiführer stark bemerkbar. Obwohl Hermann Müller als Referent lebhaft für die Freiwilligen-Verbände eintrat, wobei ihm der Vorwärtsredakteur Erwin Barth mit aller Kraft sekundierte, wurde trotz mehrfacher Abstimmung der Antrag angenommen, dem Vorwärts die Aufnahme von Werbeinseraten für die Freiwilligen-Verbände zu verbleien. Ein Antrag, dem Vorwärts ein Mißtrauensvotum auszustellen, wurde nur, nachdem der Chefredakteur Stampfer und der Redakteur Barth alle Redebühnen aufgebieten hatten, gegen eine sehr erhebliche Minderheit abgelehnt. So beginnt diese Woche des Rätekongresses mit Ereignissen, die die Herren von Weimar für ihre Gottähnlichkeit bangen lassen müssen. Sie sehen die große Auseinandersetzung, die sie durch ihre Politik heraufbeschworen haben, herannahen, und sie müssen erkennen, daß sie davor nicht bestehen werden.

Das Bestreben eines jeden, der es mit dem deutschen Volke, der es mit der deutschen Arbeiterklasse gut und ehrlich meint, müßte darauf hinausgehen, diesen unabwendbaren Zusammenstoß zu einem friedlichen, unblutigen zu gestalten. Daß das möglich ist, haben uns eben Ungarn und Bayern gezeigt. Aber die Regierung Scheidemann-Noske-Erzberger denkt nicht daran, dem deutschen Proletariat abermaliges Blutvergießen zu ersparen. Sie klammert sich an die Macht mit geradezu verzweifelter und mit den gewissenlosesten Mitteln. Sie steuert direkt auf die Entfesselung des entsetzlichsten Bürgerkrieges hin. Sie sucht die Regierungstruppen, die berücktesten Freiwilligen-Verbände, für eine Blutarbeit zu stimmen, die die bisherigen Greuel noch in den Schatten stellen könnte. Sie sucht die Grausamkeitsinstinkte, die sich innerhalb dieser Truppenteile schon kräftig genug regen, die sich in den Kämpfen der letzten Zeit furchtbar dokumentiert haben, bis zur Siegeshöhe zu steigern. Sie will unter diesen Truppen eine Pogromstimmung, eine Menschenfleischfesterstimmung erzeugen, sie will sie rot sehen lassen, damit sie hemmungslos an sich hauen und stechen. Und zu diesem Zwecke unternimmt sie es, unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten als Unmenschen, als bestialische Verbrecher zu schildern; gegen die nur der mildeste Ausrottungskrieg schlingen kann.

Ansprachen der Offiziere genügen ihr zu diesem Zwecke nicht mehr. Reichswehrminister Noske arbeitet jetzt mit illuzierten Flugblättern, die die angeblichen Greuel angeblicher Revolutionäre in aufreizenden Bildern zeigen. Sie werden zu Hunderttausenden unter den Regierungstruppen verbreitet, um sie in den nötigen roten Bluttaumel zu versetzen. Auf satiniertem Papier — die Regierung läßt sich die Sache etwas kosten — auf Seiten im Zeitungsformat werden da im Wirbe die Leiden veritimmelter Regierungssoldaten gezeigt, die Opfer der Spartakisten und Unabhängigen Sozialdemokraten sein sollen. Die Regierung hat wahrhaftig die unerhörte Schamlosigkeit, Greuel, die in den unpolitischen Kämpfen der März-tage von Verbrechern begangen worden sind, mit denen keine politische Partei irgendwelche Gemeinschaft hat, den ihnen unangenehmen politischen Parteien zuzuschreiben. In einer Auslassung des offiziellen Wolffschen Bureaus, die den Freiwilligen-Verbänden den Dank der Reichsregierung ausdrückt und ihnen Schutz verheißt, wird das in folgender raffiniertester Weise gemacht:

Die Regierungstruppen haben in den schlimmsten Tagen die Republik vor der Verletzung bewahrt. Die Reichsregierung wird ihnen das nie vergessen. Absehen von allen streng zu verurteilenden und zu bestrafenden Kränklichkeiten gebührt ihnen Dank und Schutz, Belobes soll ihnen werden. Der Reichswehrminister hat die Photographien der von Spartakisten niedergemetelten und verurteilten Regierungssoldaten nach beabsichtigten Aufnahmen der Presse jetzt veröffentlicht lassen. Die Unabhängigen haben von Druckeret zu Druckeret versucht, die Herstellung des ihnen von angenehmen Dokumentenbeweis zu verhindern. Es ist nicht gelungen, und die Bilder geben nun die von Noske versprochene An-